

Deutschland ist mitten im Krieg – doch die Menschen wehren sich

Dieses Jahr jährt sich der Beginn des Zweiten Weltkrieges zum 70. Mal. Mit dem Antikriegstag wird an den Beginn des Zweiten Weltkrieges erinnert, dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939. KriegsgegnerInnen riefen 1957 erstmals unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ zu Aktionen gegen die Remilitarisierung Deutschlands auf. Von Deutschland sollte nie wieder Krieg ausgehen.

Heute stehen deutsche Soldatinnen und Soldaten wieder in zahlreichen anderen Ländern. Nach der Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Jugoslawien 1999 und Unterstützung des aggressiven US-Kriegs gegen den Terrorismus und dem US-Angriff auf den Irak kämpft die Bundeswehr nun mit fast 4.500 Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan. Zuletzt führte sie Ende Juli eine 10-tägige Offensive durch mit Panzern und Luftunterstützung. Obwohl eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung diesen NATO-Einsatz ablehnt und das Vorgehen der NATO in Afghanistan zu immer mehr zivilen Opfern führt und die Chancen für Frieden und Wiederaufbau verringert, hält die Bundesregierung unbeirrt an ihrem Kurs fest.

Die neue Ausrichtung der Bundeswehr wird von beträchtlichen Aufrüstungsbemühungen begleitet. Mehr als 41 Milliarden Euro sollen in den nächsten fünf Jahren für Rüstungsgüter ausgegeben werden, darunter vor allem Schützenpanzer, Transportflugzeuge und Fregatten für die weltweiten Kriegseinsätze. Die deutsche Rüstungsindustrie ist zudem weltweit drittgrößter Waffenexporteur. Profite mit der Lieferung von Waffen für Kriegs- und Krisengebiete ist ihr Geschäft.

Parallel findet eine innere Militarisierung statt. Ehrenmal, Tapferkeitsmedaille und das öffentliche Gelöbnis vor dem Reichstag sind die offensichtlichen Zeichen hierfür. Ergänzt wird dies durch Rekrutierungskampagnen in Schulen und JobCentern und der Einsatz von Soldatinnen und Soldaten unter anderem bei politischen Protesten wie gegen den G8-Gipfel. Immer wieder fordert der Minister Jung die Verfassungsänderung um Kampfeinsätze der Bundeswehr im Inland durchzusetzen.

Antimilitaristisches Engagement und Initiativen gegen diese Kriegspolitik sind notwendig und nehmen zu. Mit der Verhinderung des Bombodrom-Übungsgeländes für Boden-Luft-Kriege feiert die Bewegung gerade einen Erfolg. An vielen Orten sind Friedensgruppen aktiv gegen militärische Strukturen: In Büchel wird seit vielen Jahren gegen die dort gelagerten US-Atomwaffen demonstriert, in der NeMA haben sich Initiativen gegen die verschiedenen bundesweiten Militärstandorte als Drehscheibe für Kriege zusammengeschlossen und in Geilenkirchen wird sich gewehrt gegen den Einsatz der AWACS-Überwachungsflugzeuge in Afghanistan. Die deutsche Kriegsbeteiligung kann nicht auf einen uneingeschränkten gesellschaftlichen Rückhalt bauen.

Es bleibt daher wichtig, dass sich ein breites gesellschaftliches Bündnis der Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner weiter für eine aktive und konsequente Friedenspolitik und gegen jeden Militäreinsatz einsetzt. Die LINKE steht an der Seite der Initiativen, die sich gegen die gesellschaftliche Militarisierung stellen und statt der Milliardenausgaben für Rüstung die Investition in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung fordern.

DIE LINKE setzt sich für eine radikale Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ein. Die Vernichtung aller Atomwaffen, die Abrüstung der Streitkräfte, der Verzicht auf Rüstungsexporte und vor allem der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan sind zentrale Eckpunkte einer solchen friedensorientierten Politik.